

Ausgabe 1/2021

DIE BIBLIE LEFF ELD IDEE

Thema
KINDER, JUGEND,
FAMILIE

Take-over: Wie erleben Jugendliche die Corona-Pandemie? • Doppel-Interview zur Begleiteten Elternschaft • Bildungsprobleme unter dem Brennglas

Inhalt

Grußwort.....	3
Familien am Limit	4
Krise der Bildung? Krise der Bildungspolitik!.....	5
Leitartikel: Bildungsprobleme unter dem Brennglas.....	6
Take-over: Wie erleben Jugendliche die Corona-Pandemie? 8	
Zeitstrahl.....	12
Doppelinterview zur Begleiteten Elternschaft.....	14
Wiebke unterwegs	16
Gute Nachrichten	18
Das Team.....	19
Bericht aus Berlin	20
Ankündigungen.....	23
Rätsel.....	24

Hallo, ich bin der Leineweber. Vielleicht kennt Ihr mich, schließlich bin ich ein echter Ur-Bielefelder. Hier führe ich Euch gerne durch das Heft



Dieses Logo kennzeichnet Artikel zur Umsetzung der Bielefeld Ideen. Die Bielefeld-Idee: Was hat es damit auf sich? Schon vor Wiebkes erstem Bundestagswahlkampf 2017 hat Wiebke das Versprechen abgegeben, nicht nur häufig mit Menschen persönlich ins Gespräch zu kommen, sondern auch ihre guten Ideen aus Bielefeld mit nach Berlin zu nehmen.

Liebe Leserinnen und Leser,

zum sechsten Mal heiße ich Euch herzlich willkommen zu meiner Wahlkreiszeitung „Die Bielefeld Idee“, mit der ich einen Einblick in meine Arbeit als direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für Bielefeld und Werther an den Küchentisch oder aktuell ins Homeoffice liefern möchte.

Seit vor einem Jahr eine weltweite Pandemie ausgerufen wurde, liegen zahlreiche Herausforderungen und neue Erfahrungen hinter uns: So haben wir gelernt, wie wichtig es ist, bei einer Video-Besprechung das Mikrofon ein- und auszuschalten, dass ein Paket Klopapier wertvoller als gedacht sein kann und welche Berufe als tatsächlich „systemrelevant“ sichtbar wurden. Um diese ereignisreiche Zeit Revue passieren zu lassen, findet Ihr einen illustrierten Zeitstrahl auf Seite 12-13.

Ganz besonders hat uns das vergangene Jahr gezeigt, wie sehr uns das Bedürfnis nach Nähe und sozialen Kontakten als Menschen prägt. Denn die Fürsorge und das Kümmern um andere Menschen sind elementar für unsere Gesundheit und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dabei hat die Pandemie besonders sichtbar gemacht, dass diese Sorgearbeit zu einem Großteil von Frauen getragen wird und meist unterbezahlt ist oder gar nicht bezahlt wird. Insbesondere in der Pflege und in Erziehungs- und Sozialberufen sowie im Verkauf liegt der Frauenanteil bei über 80 Prozent. Die Systemrelevanz dieser Berufe zeigt sich aber leider nicht auf ihrem Gehaltsscheck.

Hinzu kommt, dass viele Frauen im letzten Jahr zusätzlich zu ihrer Arbeit häufiger das Homeschooling der Kinder übernommen haben und beruflich oder finanziell zurückstecken mussten. Wenn wir uns den Alltag vor Corona zurückwünschen, müssen wir ganz klar festhalten: Wir brauchen mehr Gleichstellung zwischen den Geschlechtern, keinen Roll-Back in die Fünfzigerjahre!

Da ich im letzten Jahr Mutter geworden bin, hat sich in meinem Leben neben Corona noch einiges mehr verändert. Seitdem sieht mein Alltag oft ganz anders aus und doch ist vieles gleich geblieben, weil ich meinen Sohn oft einfach mitnehme. Das ist an vielen Stellen leider häufig noch sehr ungewöhnlich: Ob mit Kind und Kegel im Zug nach Berlin oder beim Stillen während Ausschusssitzungen – mein Motto ist:

Einfach machen. Mir ist darum aber auch wichtig, meine neue Perspektive als junge Mutter in die politische Arbeit einzubringen, denn auch hier hat uns der Umgang mit der Corona-Pandemie gezeigt, dass die Belange von Familien, Kindern und Jugendlichen oft nicht an erster Stelle standen. Auch deshalb möchte ich ihnen den Schwerpunkt dieser Ausgabe widmen.

In meiner letzten Wahlkreiszeitung habe ich zudem versprochen, an dieser Stelle junge Menschen zu Wort kommen zu lassen. Denn wenn wir über die Auswirkungen der Pandemie sprechen, wird allzu oft nur über sie und nicht mit ihnen gesprochen. Daher freue ich mich sehr, dieses Versprechen einzulösen und ihnen in dieser Ausgabe die Bühne in eigenen Artikeln zu überlassen, die sie völlig frei nach ihren Wünschen gestalten konnten. So schildert uns die Zeitungs-AG der Gesamtschule Rosenhöhe den veränderten Schulalltag und die Auswirkungen auf das Sozialleben (Seite 8 - 9). Spannende Einblicke liefern ebenfalls junge Aktive der Jugend- und Auszubildendenvertretung, die aktuelle Herausforderungen in der Ausbildung aufzeigen (Seite 10). Ergänzend berichten Cara und Meret aus der Bezirksschüler*innenvertretung über die Möglichkeiten für Jugendbeteiligung und das Engagement für das Klima in Pandemiezeiten (Seite 11).

Um daneben auch die Erfahrungen von Eltern und Lehrkräften und ihre Sicht auf die Kita- und Schulschließungen zu beleuchten, freue ich mich sehr über tolle Meinungsbeiträge von Maike Finnern, der Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Nordrhein-Westfalen sowie von Judith Wend, Mutter zweier Töchter und Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik der SPD-Ratsfraktion (Seite 4-5). Da mir als Bildungspolitikern ganz besonders am Herzen liegt, dass wir kein Kind zurücklassen, möchte ich in meinem Leitartikel den Blick nach vorne richten und mich der Frage widmen, was wir aus der Pandemie für unser Bildungssystem lernen können und wie wir dieses stark für die Zukunft machen (Seite 6-7).

Neben Corona hat mich im letzten Jahr auch ein Beitrag im ZDF-Magazin „Volle Kanne“ über Lukas Pordzik und das Projekt der „Begleiteten Elternschaft“ sehr bewegt. Nachdem ich bereits vor einigen Jahren bei der Eröffnung der Bethel'schen-Einrichtung dabei sein darf-



te, habe ich mich sehr über die Möglichkeit gefreut, für meine Wahlkreiszeitung ein Doppelinterview mit Herrn Pordzik und Petra Thöne als Projektleiterin zu führen. Ich bin sehr dankbar für diese spannenden Einblicke und hoffe, dass die Idee der Begleiteten Elternschaft bundesweit Vorbildwirkung entfaltet.

Wie immer möchte ich Euch in dieser Zeitung auch von meinen (digitalen) Begegnungen und Terminen bei uns vor Ort in Bielefeld und Werther berichten (Seite 16-17). Zudem gibt es wieder viele interessante Kurzmeldungen aus Berlin, um einen Eindruck davon zu vermitteln, welche Beschlüsse speziell für Familien, aber auch darüber hinaus für Bielefeld und Werther in den letzten Monaten im Bundestag getroffen wurden (Seite 20-21). Daneben lernt Ihr in dieser Ausgabe wieder ein Mitglied meines Teams kennen, dieses Mal stellt sich Anna aus meinem Berliner Büro vor (Seite 19). Zum Abschluss erwartet Euch wie immer unser Rätsel, bei dem es wieder tolle Preise zu gewinnen gibt.

Auch wenn das Krisenmanagement gerade echt nicht so gut läuft, wie wir es uns alle wünschen würden: Die Impfung ist und bleibt der Weg, um die Corona-Pandemie zu besiegen! Ich bin mir sicher, gemeinsam und solidarisch schaffen wir es durch die Krise. 2021 kann das Jahr werden, indem wir die Pandemie besiegen – in Deutschland, in Europa und weltweit.

Viel Spaß beim Lesen!

Eure Wiebke Esdar

Familien am Limit: Kinder brauchen jetzt unsere Unterstützung

Kein Kind darf zurückbleiben - das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe *von Judith Wend*

In einem Kinderleben sind sechs Monate eine lange Zeit. So lange waren unsere Töchter (3, 6) im vergangenen Jahr mit uns Eltern komplett zuhause. Die KiTa-Schließung im Frühjahr 2020 war ein Schock. Unsere Alltagsstruktur war plötzlich futsch, es gab keine Trennung mehr zwischen Arbeits- und Familienzeit. Stattdessen 24/7 ein Mischmasch aus Spielen, Vorlesen, Streit schlichten, Videokonferenzen, Telefonaten, Kochen, Waschen, Putzen.... Heraus kamen dabei genervte, ratlose Eltern und unausgelastete, unzufriedene Kinder. Rückblickend war es aber mehr ein Warmlaufen für den Winter 2020/2021. Jetzt kamen noch kalte und regnerische Tage dazu und die Akkus waren einfach von Beginn an schon ziemlich leer. Dass wir trotzdem bisher ganz gut durch diese Zeit gekommen sind, liegt auch daran, dass unsere Rahmenbedingungen gut sind und uns die Herausforderung Homeschooling noch erspart blieb. Ich kenne aber Familien, die weit über die Belastungsgrenze hinausgehen mussten. Bei ihnen sind finanzielle Sorgen oder unflexible Arbeitgeber hinzugekommen. Und auch ich hatte selbst genug schlechte Tage, um den Abgrund erahnen zu können, der sich für so viele Eltern und Kinder in dieser Zeit aufgetan hat.

Andere Eltern antworteten auf meine Frage, was sie gerade am meisten belastet, dass es diese Zerrissenheit zwischen den unterschiedlichen Anforderungen ist. Das permanente Gefühl, nichts mehr wirklich ordentlich hinzubekommen und, dass immer etwas oder jemand auf der Strecke bleibt. Dieses Gefühl kenne ich auch. Und wie alle Eltern hoffe ich sehr, dass meine Kinder nicht das Gefühl mitnehmen, dass sie ihre Eltern stören und ihre Bedürfnisse und Wünsche nicht wichtig sind.

Bei den Lockerungen im letzten Frühjahr überwog bei uns Familien der Eindruck, einfach übersehen worden zu sein. Diesen Winter sollten wir nun laut Landesregierung plötzlich selbst entscheiden, ob unsere Kinder in die KiTa gehen. Wie kann man Eltern auferlegen, in einer Pandemie zwischen den Bedürfnissen der Kinder, dem Schutz der Erzieher*innen und den eigenen beruflichen Verpflichtungen abzuwägen? Hier geht es um grundlegende Dinge wie Gesundheit, Kin-



Judith Wend, sitzt für die SPD im Jugendhilfeausschuss des Stadtrats

deswohl, Bildung und Familieneinkommen. Wenn die Politik hier keine Verantwortung übernimmt und verlässliche, nachvollziehbare Entscheidungen trifft, wo denn dann?

Was ich mir seit einem Jahr von der Landesregierung wünsche, sind nachhaltige, von Fachleuten konzipierte Homeschooling- und Öffnungskonzepte für Schulen und KiTas. Nach einem Jahr in dieser Pandemie, gibt es noch immer Kinder, die an Prepaid-Handys den Onlineunterricht verfolgen müssen - falls es überhaupt welchen gibt. Der Einstieg in die Schullaufbahn oder der Umstieg auf die weiterführende Schule ist häufig komplett danebengegangen. Wie sollte er auch gelingen? Schule war für viele Kinder im vergangenen Jahr oft nur ein Sammelsurium an Arbeitsaufträgen, kombiniert mit viel Unsicherheit. Die Grundschulvorbereitung in der KiTa musste größtenteils ausfallen. Die aktuellen Öffnungen begrüße ich, weil ich glaube, dass sie zum Wohle der Kinder geschehen. In Sachen belastbarer Strategie ist da aber noch nicht viel gekommen.

Ich finde es allerdings wichtig, dass wir jetzt nach vorne schauen und konkret werden. Was können wir hier in Bielefeld tun, um Kindern zu helfen, denen die KiTa und die Schu-

le als Lern- und Sozialraum so lange weggebrochen ist? Wir müssen ein Aktionspaket schnüren, das die negativen Folgen abfedert: Mit zusätzlichen Sprach- und Bewegungsförderprogrammen in KiTas und Offene Ganztagschulen, mit einer Stärkung der Angebote in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und mit vielfältigen Bildungs- und Freizeitangeboten in der Ferienzeit - begleitet von pädagogischen und psychosozialen Fachkräften. Dieses Paket kann gar nicht groß genug sein. Ich wünsche mir, dass wir es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen, dass kein Kind den Anschluss verliert und mit seinen emotionalen Belastungen alleine gelassen wird. Gegen Bildungsdefizite und Traurigkeit wird keine Impfung helfen.

Judith Wend ist Bielefelderin und Mutter von Mila und Lotta. Letztes Jahr hat sie entschieden, ihren Beruf als Medienwirtin an den Nagel zu hängen, um Grundschullehrerin zu werden. Judith sitzt für die SPD im Jugendhilfeausschuss des Stadtrats und ist Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik. Im Sommer trifft man sie oft auf dem Tennisplatz und im Winter in der Handballhalle.

Krise der Bildung? Krise der Bildungspolitik!

Neben Schüler*innen und Eltern sind auch die Lehrer*innen und die Beschäftigten der Kitas am Limit *von Maike Finnern*

Seit knapp einem Jahr sind Einschränkungen unseres für selbstverständlich gehaltenen Alltags neuer Alltag geworden. Dabei hat sich die Arbeit in unseren Bildungseinrichtungen ebenso geändert; was vor circa einem Jahr noch als normal galt, geht heute nicht mehr.

Die Einsicht, dass sich Kinder und Jugendliche anstecken und Infektionen weitergeben können, ist nur sehr langsam in die Köpfe der amtierenden Kultusminister*innen gesickert. Zum Teil wird immer noch behauptet, dass Schulen und Kitas sichere Orte seien. In den Kitas, die neben frühkindlicher Bildung einen wichtigen Betreuungsauftrag erfüllen und in denen kein Abstand gehalten werden kann, bedeutet die Einsicht in die Infektiosität von Kindern ein beständiges Risiko sich anzustecken. Kleinere und feste Gruppen, verkürzte Betreuungszeiten und gutgemeinte, aber rechtlich nicht bindende Appelle sind dabei allerdings aus Sicht der Beschäftigten nur eine unzureichende Möglichkeit, die Ansteckungsgefahr in Kitas zu reduzieren. Daher ist eine vorgezogene Impfung der Erzieher*innen richtig, aber ein durchdachtes Schutzkonzept für Kinder fehlt noch immer. Insgesamt wirkt sich der herrschende Fachkräftemangel insbesondere in der Corona-Krise verheerend aus. Eine Attraktivitätssteigerung des Erzieher*innenberufs ist dringend notwendig.

In Schulen zeigt sich ebenfalls das Bild mangelnder Konzepte der Landesregierung NRW und eines häufig immer noch unzureichenden Infektionsschutzes. So saßen bis vor Weihachten dreißig Menschen und mehr in einem Raum. Als schon im Frühsommer deutlich wurde, dass die Viruslast in der Luft ein bedeutsamer Infektionsweg ist, hätte die Gruppengröße drastisch reduziert werden müssen. Die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zur Beachtung von Abstand als ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Ansteckungsgefahr blieb zu lange unbeachtet. Wechselnde kleine Gruppen, Distanzunterricht für Ältere, Konzepte für mehr Chancengleichheit, eine durchdachte Test- und Quarantänestrategie, Einbau von Lüftungssystemen - all das wären denkbare Optionen gewesen, mit denen sich ein solches Corona-Schuljahr hätte gestalten lassen können. Mit dem ministeriellen Rat, man solle sich im Sinne der „Zwiebeltechnik“ für den Winter dick anziehen, der Absage kommunaler Versuche beispielsweise zum hybriden Unterricht in Solingen, dem langen Beharren auf Präsenzunterricht mit vollen Klassen und nun dem Distanzlernen für alle stehen wir mitten in einem Schuljahr, das dringend eine Anerkennung als Schuljahr unter Corona-Bedingungen braucht. Das bedeutet insbesondere, dass auf einige Lehrinhalte verzichtet

werden muss. Zudem müssen Konzepte für bestmögliche Unterstützung und Förderung der Schüler*innen beim Wiedereinstieg erarbeitet und finanziert werden. Das geplante Ferienkonzept kann dabei nur ein Baustein sein. Neben den Herausforderungen des Alltags, Schule und Unterricht in Zeiten von Corona zu gestalten, bedeutet die Gleichzeitigkeit von Distanz und Präsenz eine nicht leistbare Doppelbelastung für Lehrkräfte. Die Umsetzbarkeit des Distanzunterrichts ist allzu häufig nicht kompatibel mit den Erwartungen an diesen. Die Technik ist noch nicht überall vorhanden oder sie ist überlastet, Fortbildung hat es viel zu wenig gegeben. Distanzunterricht kann nicht das gleiche leisten wie Präsenzunterricht, eine Rückmeldung für jede abgegebene Aufgabe kann nicht erfolgen. Bei einer Lehrkraft, die 150 Schüler*innen unterrichtet, bedeutet schon die Korrektur und individuelle Rückmeldung zu einer einzelnen Aufgabenstellung eine Arbeitszeit von 25 Stunden. Das ist nicht machbar! Hier ist der Arbeitgeber deutlich in der Pflicht, den Beschäftigten den Rücken zu stärken.

Wir stehen vor einem Dilemma: das berechtigte Interesse der Beschäftigten in Kita und Schule für Arbeits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz wird häufig gegen das Recht auf Bildung (nicht gleichzusetzen mit einem nicht vorhandenen Recht auf Präsenzunterricht) ausgespielt. Das ist unlauter. Die Gefahr, Schüler*innen im Distanzlernen nicht zu erreichen oder gar abzuhängen, ist groß. So zeigt sich in der Pandemie überdeutlich, wie unser Bildungssystem den Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg zementiert, statt gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen. Was dagegen tun? Wir brauchen ein fundamentales Umdenken in Politik und Gesellschaft. Bildung muss auskömmlich finanziert werden, dann bietet sie bei entsprechender Umsetzung gute Arbeits- und Lernbedingungen. Bildung muss kostenfrei sein, das ist ein Schritt zu gleichen Bildungschancen. Bildung muss inklusiv sein, dann ermöglicht sie Teilhabe für alle. Und bei all dem darf man nicht nach der Hälfte der Strecke aufhören und hoffen, dass der Rest von alleine kommt. Bildung braucht dauerhaft Wertschätzung, Ressourcen und Menschen, die darin ihre Berufung sehen.



Maike Finnern, Bielefelderin und Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW (Foto: Alena Matveyenka)

Bildungsprobleme unter dem Brennglas

Was uns Corona für die Zukunft unseres Bildungssystems lehrt

Zugegeben, vieles ist neu. Oder wann gab es das schon mal? Eltern, die ihre Kinder zuhause selbst unterrichten müssen zwischen Zoom-Konferenz und Abwasch? Auszubildende, die eine Kochlehre beginnen und dann in leeren Restaurants Speisen zubereiten? Studierende, die an der Uni durchstarten wollen, aber ihre Mitstudierende bisher nur am Bildschirm kennengelernt haben, anstatt am Campus oder in der Kneipe?

Und trotzdem: im Kern sind die großen Probleme in der Bildungspolitik dieselben geblieben. Ja, sie haben sich mit der Pandemie sogar verschärft, egal ob digitale Spaltung, Geldmangel oder soziale Ungleichheit. Corona vergrößert sie wie durch ein Brennglas. Was für Lehren können wir also aus der Pandemie ziehen?

Mehr Platz und Personal für Bildung

Die erste Lehre lautet: Kinder brauchen Raum, einen Ort, wo sie hingehen können. Das gilt gerade für diejenigen, die aus bildungsfernen Familien kommen oder solchen, in denen kein Deutsch gesprochen wird. Denn diese Kinder leiden besonders darunter, wenn die Kindertagesstätte, die Schule, der Ganztags geschlossen sind. So zeigen erste Studien zu den Folgen von Corona, dass ihnen die Hilfe zuhause oft fehlt und sie daher besonders viel verpassen.

Da ist das Gute-KiTa-Gesetz ein großer Schritt nach vorne. Mit ihm stellt der Bund 5,5 Milliarden Euro für eine bessere Kindertagesbetreuung zur Verfügung und entlastet Eltern bei den Gebühren. So konnten wir auch in Bielefeld nach dem letzten inzwischen auch das vorletzte KiTa-Jahr beitragsfrei machen und mehr Menschen mit wenig Einkommen zahlen gar keine Beiträge mehr.

Wir müssen aber noch mehr Betreuungsplätze schaffen sowie mehr Erzieher*innen ausbilden. Denn in Deutschland gibt es von beidem zu wenig: im letzten Jahr fehlten 340.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige und 820.000 Ganztagsplätze für Grundschulkindern; daneben werden

wir in den nächsten Jahren 225.000 zusätzliche Betreuungspersonen für unter Dreijährige benötigen, bei Grundschulkindern ca. 80.000. Darum ist es so wichtig, den Erzieher*innen-Beruf attraktiver zu machen. Das kann gelingen, wenn wir eine Vergütung ab dem ersten Ausbildungsjahr einführen und das Schulgeld abschaffen, das immer noch viele zahlen müssen.

Außerdem müssen wir mehr KiTas zu Familienzentren ausbauen. Denn dort werden nicht nur Kinder nach ihren Bedürfnissen betreut, sondern es gibt auch Beratungs- und Bildungsangebote für Eltern, damit diese ihre Kinder auch selbst besser unterstützen können.

Bei allem muss grundsätzlich gelten, dass wir Ungleiches ungleich behandeln. Das heißt, die Einrichtungen mit den Kindern mit dem größten Unterstützungsbedarf müssen auch am stärksten gefördert werden – durch mehr Geld und mehr Personal.

Bildung digitalisieren

Die zweite Lehre lautet: wir müssen unsere Hochschulen und Schulen so ausstatten, dass junge Menschen von der Digitalisierung profitieren. Klar, Digitalisierung ist kein Selbstzweck und Unterricht vor Ort ist besser als Fernunterricht. Trotzdem merken wir durch Corona, wie sehr Deutschland hinterherhinkt: die digitale Lernplattform stürzt ab, weil die Server der Anbieter überlastet sind oder die Schule kein stabiles WLAN hat; und Schüler*innen fehlen Laptops oder Tablets.

Deshalb müssen die Maßnahmen, die wir im Bundestag beschlossen haben, endlich auch in den Schulen ankommen: da ist zum einen der erweiterte Digitalpakt Schule, mit dem Laptops und Tablets für bedürftige Schüler*innen beschafft werden können. Zum anderen die Schülerlertarife für einen günstigen Internetzugang. Und schließlich das Programm „Schule macht stark“ für Schulen in schwierigen sozialen Lagen und das Schulsanierungsprogramm für finanzschwache Kommunen.



Wiebke Esdar, MdB

Anstatt dass jede Lehrkraft ihren Online-Unterricht selbst entwickelt, brauchen wir aber auch allgemein hochwertige digitale Unterrichtsmaterialien – zentral zur Verfügung gestellt und vom Schulministerium geprüft und anerkannt. Zudem brauchen alle Schulen mehr IT-Personal, das die digitale Technik betreut. Und wir müssen digitales Lernen in der Lehrkräfte-Ausbildung verankern und zwar systematisch und fächerübergreifend während Studium, Referendariat sowie in Fort- und Weiterbildungen.

Ausbildungsplatzgarantie einführen und BAföG reformieren

Die dritte Lehre lautet: wir müssen für junge Menschen die Hürden abbauen, die ihren Start ins eigene Leben behindern. Denn wenn es keinen Ausbildungsplatz gibt oder Studierende kein Anrecht auf staatliche BAföG-Förderung haben, zerstören wir Perspektiven.

Während der Corona-Pandemie sind zahlreiche Stellen weggebrochen. Viele Unternehmen bilden weniger oder gar nicht mehr aus. Daneben haben viele Studierende ihre Nebenjobs verloren, weil Cafés geschlossen oder Messen abgesagt sind.

Auch hier hat der Bund wichtige Schritte gemacht, um die Probleme abzumildern. Dazu gehört das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze

sichern“, das ausbildende Unternehmen mit insgesamt 500 Millionen Euro unterstützt. Doch Azubis und Studierende brauchen mehr Hilfe.

So brauchen wir endlich eine Ausbildungsplatzgarantie. Damit bekommen all diejenigen ein Übergangsangebot, die zu Beginn eines Ausbildungsjahres keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Dazu könnte man den schulischen Teil der Ausbildung vorziehen, bis sich ein Betrieb findet, der den Praxisanteil übernimmt. Daneben müssen wir das BAföG so reformieren, dass endlich wieder mehr Studierende davon profitieren. Das kann vor allem durch höhere Freibeträge und eine höhere Wohnpauschale gelingen, die mit den steigenden Mieten Schritt hält. Außerdem brauchen wir ein Neustart-BAföG, das auch im Erwachsenenalter neue berufliche Wege eröffnet und Menschen bei ihrer Umschulung unterstützt.

Es bleibt also viel zu tun. Ja, vor Corona haben die wenigsten von uns mit einer Pandemie gerechnet. Fakt ist aber auch: die Auswirkungen des Virus treffen uns dort, wo wir schon vorher Schwächen hatten. Auch in der Bildungspolitik. Packen wir sie also endlich an, damit Herkunft nicht länger über Zukunft entscheidet.



Liebe Leser*innen der Bielefeld Idee,

wir sind Schüler*innen aus dem neunten Jahrgang der Gesamtschule Rosenhöhe, die sich dazu entschlossen haben, eine Schülerzeitung zu gründen. Unsere Redaktion besteht aus vielen verschiedenen Gesichtern. Noch bevor wir unsere erste Ausgabe veröffentlichen konnten, hat uns Wiebke Esdar angeboten, uns in ihrer „Bielefeld Idee“ vorzustellen. Nun haben wir erstmals die Gelegenheit dazu, allen zu zeigen, was wir draufhaben.

Auf diesen zwei Seiten erzählen wir euch, wer wir sind und was uns beschäftigt.
Viel Spaß beim Lesen!

Planänderung in unserem Leben

Seit dem erneuten Lockdown wurde uns untersagt, uns mit mehr als einer Person eines anderen Haushalts zu treffen. Für uns „Teenager“ war das ein großer Schock, auch wenn es im Gegensatz zu noch schlimmeren Geschehnissen in anderen Ländern erstmal äußerst übertrieben klingt. Denn was ist mit der Geburtstagsfeier, die für die nächste Woche geplant war? Was soll ich mit meiner Freizeit anstellen? Diese und andere Fragen gingen etlichen von uns durch den Kopf. Vor ein paar Jahren hätten wir uns unsere „Teenager-Jahre“ ganz anders vorgestellt. Irgendwie lebhafter. Abenteuerreicher und zu guter Letzt, nicht so isoliert.

Die Isolation und die geforderte soziale Distanz zu unseren Freund*innen und Familien tut uns (fast) allen nicht gut. Distanz muss man sich aktiv verschaffen. Für viele von uns ist es eine große Herausforderung, sie einzuhalten und immer noch keine Normalität. Es fehlt der enge Kontakt zu unseren Mitmenschen. Wir vermissen uns. Zwar gibt es noch die Möglichkeit sich digital auszutauschen, aber das ist um Meilen nicht so gut wie echte Treffen - ohne Abstand halten zu müssen.

Viele Jugendliche leiden unter der Pandemie, denn was für uns mal selbstverständlich war, wie z.B. zusammen zu feiern oder uns in großen Gruppen zu treffen, sind jetzt nicht mehr drin. Das Wohlbefinden von uns Jugendlichen ist stark geschwächt und auch die Angst, dass wir viele Erfahrungen des Erwachsenwerdens verpassen, die wir nicht so einfach nachholen können. Auslandsreisen und Wettbewerbe - Dinge, auf die man sich freuen kann, sind abgesagt. Die tägliche Routine, geprägt von „echtem“ Kontakt zu „echten“ Menschen fehlt uns.

Interview mit Dania (16 Jahre, Jahrgangsstufe 11)

1. Wie war deine erste Reaktion darauf, dass wir zum Homeschooling wechseln?

Ich habe mich gefreut, weil ich einen relativ langen Schulweg habe und mir dachte, dass ich diesen jetzt eben nicht mehr haben werde. Außerdem habe ich mich gefreut, weil ich in meinen Pausen zuhause sein würde und diese viel mehr nutzen könnte.

2. Wie läuft das Homeschooling bisher und findest du es besser als den Präsenzunterricht?

Das Homeschooling läuft bisher gut, jedoch war es am Anfang super anstrengend, weil man so viele Aufgaben auf einmal bekommen hat, aber das hat sich mittlerweile verbessert, deswegen komme ich gut klar.

3. Verschlechtern sich deine Noten?

Nein, überhaupt nicht. Meine Noten sind gleich geblieben und außerdem sehe ich das Distanzlernen als eine gute Möglichkeit für Schüler*innen, die nicht so gut in der Schule sind, ihre Noten zu verbessern, weil sie zuhause die Möglichkeit haben, im Internet zwischendurch Hilfe zu suchen oder können sich Geschwister zur Hilfe holen. Zudem bieten uns die Lehrer*innen immer Möglichkeiten, unsere Noten zu verbessern.

4. Wie sehr belastet dich die ganze Situation im Privatleben?

Am Anfang fand ich es nicht ganz so schlimm zuhause bleiben zu müssen, weil ich so mehr Zeit mit meiner Familie verbringen konnte, aber mittlerweile vermisse ich einfach meinen Alltag. Ich vermisse es, ohne Maske rauszugehen, wobei es aber gleichzeitig auch unvorstellbar ist, dass es mal wieder so sein wird. Ich finde es auch schade, dass das Ganze schon wirklich ein Jahr geht und das ganze Jahr einfach an uns vorbeigerauscht ist.



Wie lange ist ewig?

Die Freizeitgestaltung ist seit der Corona-Pandemie eingestellt, wie lange sind wir nicht mehr zu unseren Aktivitäten gegangen? Keine Sportarten mehr, kein Instrument wird mehr gespielt und im Chor singen kann man auch vergessen. Es fühlt sich ewig an.

Eigentlich ist die Freizeitgestaltung etwas Schönes, etwas zum Entspannen und zum Abschalten. Keine Schule und kein Stress. Auch wenn wir uns oftmals darüber aufregen, dass die Situation unangenehm ist, können wir doch mal aus dieser Zeit entfliehen, oder? Die Zeit ist alles andere als gut, zahlreiche Menschen erkranken schwer und sterben. Nur bringt es uns nichts, den Kopf in den Sand zu stecken.

Die Maßnahmen sind hart und wir können unser Leben nicht so leben, wie wir es wollen. Aber trotzdem ist es wertvolle Zeit, die man sich irgendwie schön machen muss. Deswegen wollen wir euch jetzt ein paar Tipps vorstellen, die unserer Redaktion und unseren Klassenkamerad*innen gegen schlechte Laune helfen.

1. Laufen: Viele von uns haben das Laufen/Joggen/Spazieren gehen für sich entdeckt. Schuhe anziehen und einfach mal nach draußen. Danach bist du entspannt und es hält dich fit.

2. Filmabend mit Freund*innen/ Familie: Ein Filmabend mit Freund*innen ist möglich, auch ohne an einem Ort zu sein! Wir machen einfach den gleichen Film an und telefonieren währenddessen. Das kann lustig sein. Vor allem bei einem Horrorfilm...

3. Lesen: Lesen ist schon immer sehr beliebt, doch jetzt haben noch mehr von uns das Lesen für sich entdeckt. Online gibt es eine große Auswahl.

4. Den Look verändern: Besonders beliebt sind dabei die Haare. Denn seien wir mal ehrlich, unsere Frisur wird in der nächsten Zeit nicht von vielen gesehen. Also einfach mal machen.

Warum sollten wir ununterbrochen über all das meckern, was wir gerade nicht haben? Wie oft wollten wir früher entschleunigen und einfach mal nur zuhause sein? Wir können diese Situation gerade nicht ändern und müssen das hinnehmen. Irgendwann wird es wieder anders sein und wir dürfen den Menschen, die wir mögen, wieder die Hand geben.

“

Schule ist mehr als Unterricht.

“

Ausbildung in der Corona-Pandemie - geht das?

von Vahit Uyar

*Michael, Joalina und Christina sind aktive Gewerkschafter*innen in der Ausbildung. Gemeinsam mit Vahit Uyar von der DGB-Jugend OWL berichten sie über ihre Erfahrungen während der Corona-Krise.*

„Ich weiß nicht, wie es vorher war“, fängt Michael Egert an zu lachen. Der Bielefelder hat letztes Jahr mit seiner Ausbildung zum Industriekaufmann angefangen. Seit Ausbildungsbeginn ist er täglich mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie konfrontiert. Sei es in den Medien, im Betrieb oder in der Schule. Seine Ausbildung hatte er sich anders vorgestellt. Er entschied sich bewusst für eine Ausbildung und die damit verbundenen Vorteile. Hierfür brach der 21-Jährige sogar sein BWL-Studium ab, weil ihm im Studium die Praxisnähe fehlte. Trotz all der Umstände bereut Michael seine Entscheidung nicht, aber er macht sich Sorgen um die Zukunft. Eine davon ist es, als „Generation Corona“ abgestempelt zu werden und dadurch auf dem Arbeitsmarkt als weniger qualifiziert wahrgenommen zu werden.

Ein großes Thema ist dabei das Arbeiten von zuhause. Sei es das Home-Office für den betrieblichen Teil oder „Homeschooling“ für den schulischen Teil. Im Vergleich zu anderen Ausbildungen geht es den kaufmännischen Ausbildungslehrgängen dabei noch gut, da sie viele typische Verwaltungstätigkeiten am Laptop erarbeiten können. Dennoch fehlt der Austausch mit den Kolleg*innen und Ausbilder*innen.

Besonders schwierig ist jedoch die Situation für alle Ausbildungslehrgänge im Handwerk, wie z.B. das Friseurhandwerk. Viele Unterrichtseinheiten sind ausgefallen und aufgrund der Maßnahmen dienen Puppenköpfe mit Echthaar als Ersatz sowie die bzw. der Ausbilder*in am digitalen Bildschirm. Vielen Azubis fehlen somit wichtige Inhalte. Dies bereitet besonders jenen Auszubildenden große Sorgen, die sich im letzten Ausbildungsjahr befinden und bald ihre Prüfungen antreten möchten.

Eine ähnliche Beobachtung macht auch Joalina Fenske, Jugend- und Auszubildendenvertreterin bei Gerry Weber und gelernte Textil- und Modeschneiderin: „Homeschooling kann schon aufgrund banaler Umstände scheitern. Neulich hatte eine Auszubildende das Problem,

dass sie aufgrund ihrer kleinen Wohnung nicht ausreichend Platz hatte, um Schnitte erstellen zu können.“ Soziale Ungleichheit sollte jedoch in der Ausbildung kein Faktor sein. „Im Digitalunterricht zeigt sich, wer Geld hat für einen Laptop und wer nicht“, sagt Christina Bichler, Auszubildende als Kauffrau im E-Commerce. Sie selber hat Glück gehabt, weil sie einen Laptop vom Unternehmen gestellt bekam. Leider ist das Bereitstellen von Endgeräten aber keine Selbstverständlichkeit in vielen Unternehmen.

Bei allen praktischen Problemen fehlt es den Azubis auch am gemeinsamen Austausch in der Berufsschule oder vor Ort im Betrieb, wie z.B. das gemeinsame Mittagessen in der Kantine oder das klassische Flurgespräch. „Arbeiten heißt jetzt nur noch die Erledigung von Aufgaben. Was wegfällt, ist das Leben drumherum, das Lernen voneinander. So gibt es keine Möglichkeit, neue Freundschaften zu schließen und sich zu vernetzen. Für neue Azubis ist das besonders herausfordernd“, so Joalina Fenske.

Viele Azubis beobachten auch, dass das Arbeiten von zuhause die Abgrenzung zur Arbeitszeit erschwert und sich dies auf die psychische Gesundheit auswirken kann. Gerne schaut man kurz vor dem Schlafengehen nochmal in den E-Mail-Eingang oder trägt das Arbeitshandy den ganzen Tag mit sich herum, um permanent für den Arbeitgeber erreichbar zu sein. Die Trennung zwischen Freizeit und Arbeit erlischt. Ein wirkliches Abschalten wird dadurch schwieriger. Die Tatsache, dass zudem viele Sport- und Kulturmöglichkeiten weggefallen sind, macht die eigene Wohnung zum Raum für alles und



Michael Egert, macht eine Ausbildung zum Industriekaufmann



Joalina Fenske, Jugend- und Auszubildendenvertreterin bei Gerry Weber

zum Mittelpunkt des täglichen Lebens. Ein Ausgleich fehlt vielen jungen Auszubildenden.

Für Vahit Uyar, Jugendbildungsreferent beim DGB-OWL, ist das ein ernstes Thema: „Isolation, Einsamkeit und sozialer Rückzug können zu psychischen Erkrankungen und zu depressiven Störungen führen. Von der Politik wünschen wir uns während der Corona-Krise, dass sie die Sorgen der Auszubildenden berücksichtigt.“

Die DGB-Jugend OWL vertritt die Interessen junger Menschen in der Ausbildung, im Studium und im Beruf. Sie macht sich stark für eine solidarische und demokratische Gesellschaft. Hast Du Lust, Dich ehrenamtlich aktiv zu machen oder hast Fragen? Dann schreib eine Email an vahit.uyar@dgb.de

Folg der DGB-Jugend OWL auf Instagram:

 @dgbjugendowl



Jugendbeteiligung in Corona-Zeiten: Zwischen Online-Meetings und Klimakrise

von Cara Mühlpfordt und Meret Karenfort

Für Schüler*innenvertretungen bringt die Corona-Pandemie einige Probleme. Denn die meisten Aktivitäten bauen darauf auf, dass sich Kinder und Jugendliche in Schulen treffen. Da alle zuhause bleiben, können viele Veranstaltungen nicht stattfinden, von Fußballturnieren und Willkommensfesten für die neuen fünften Klassen bis zu Projekttagen gegen Diskriminierung. Die Möglichkeiten von Jugendbeteiligung sind beinahe verschwunden, weil es primär um die Krisenbewältigung ging und geht. Dabei wird selten versucht, die Sicht von Kindern und Jugendlichen zu erfahren, die am besten beurteilen können, was ihnen wirklich hilft.

Dass der Austausch untereinander nur noch online stattfindet, erschwert das Engagement von Schüler*innen und Schülern. Einige, die sonst sehr aktiv waren, können sich nun wegen diverser persönlicher Probleme und/oder technischer Schwierigkeiten weniger engagieren. Man trifft sich nicht mehr mal eben in der Pause, um zu sehen, wie es den anderen geht, welche Probleme es gibt oder ob jemand neue Ideen hat. Zu Beginn der Pandemie wurden viele Projekte verschoben, in der Hoffnung, alles dann im Sommer, nächstes Schuljahr oder dann, wenn es wieder geht, nachzuholen. Inzwischen haben diejenigen, die Projekte geplant haben, aber schon ihren Abschluss gemacht oder sind gerade dabei. Neue Aktive gibt es wenig, weil ihnen der Zugang und Anschluss fehlt. So versandet einiges.

Andererseits haben viele Schüler*innenvertretungen und Jugendorganisationen auch kreative Lösungen gefunden. So gibt es immer mehr Online-Angebote für und von Jugendlichen. Der letzte „Tag der Demokratie“ der Bezirks-schüler*innenvertretung Bielefeld konnte am 1. September 2020 auch unter Pandemiebedingungen erfolgreich stattfinden. Dezentral und zum Teil online – für viele eine neue Erfahrung.

Im Jahr 2020 hatte die Corona-Krisenbewältigung zurecht absolute Priorität. Allerdings sind andere Krisen dabei aus dem Blick verschwunden. Für uns Jugendliche bleibt vor allem die Klimakrise besonders wichtig.

Ja, die CO₂-Emissionen sind 2020 zurückgegangen. Allerdings zeigen Studien, dass die Emissionen nach Ereignissen wie der Wirtschaftskrise 2008 sogar noch mehr steigen. Letztendlich wurden die Emissionen also nur aufgeschoben, erhöhen sich gerade wieder und werden voraussichtlich weiter steigen.

Auch 2020 ging die Zerstörung der Dörfer für den Tagebau im Rheinland weiter und der Dannenröder Forst bei Marburg in Hessen wurde gerodet.

Doch davon haben die meisten Menschen nichts mitbekommen. Es war also ein Leichtes, die weitere Zerstörung unserer Erde voranzutreiben.



Cara Mühlpfordt

Die Politik hat es nicht geschafft, mehrere Krisen zu bekämpfen. Dabei ist die Klimakrise langfristig noch eine viel größere als das Coronavirus, denn die Folge könnte sein, dass sich noch mehr Infektionskrankheiten von Tieren auf Menschen (sog. Zoonosen) übertragen. Gerade wenn wir die Lebensräume von Wildtieren immer weiter zerstören.

2020 war ein Jahr der Klimaextreme mit dem heißesten November überhaupt und den stärksten Stürmen. Dazu kamen Überschwemmungen und Brände.



Meret Karenfort

Eine ganz wichtige Erfahrung haben wir jedoch in diesem Jahr gemacht: Die Politik kann schnell handeln. Sie kann schnell Maßnahmen ergreifen. Und genau das brauchen wir in der Klimakrise: entschlossene Politiker*innen, die sich trauen, progressiven, sozial gerechten Klimaschutz zu betreiben.

Unser Wunsch ist es, dass die Politik handelt und zwar wirksam. Dazu gehören ein Kohleausstieg bis 2030 statt 2038 und die sofortige Beendigung der Subventionen für fossile Energien.

Aber auch in Bielefeld haben wir große Aufgaben. In den nächsten Jahren müssen Gesellschaft und vor allem auch Politik die Mobilität und Energie klimafreundlich verändern und bis 2035 klimaneutral werden.

Außerdem fordern wir als BSV, dass die Stadt 2030 100% erneuerbare Energien bezieht, alle Schulen Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern haben und die Schulen klimaneutral sind.

*Cara Mühlpfordt und Meret Karenfort engagieren sich beide in der Bezirks-schüler*innenvertretung (BSV) Bielefeld.*





27. Januar 2020

Der erste Corona-Fall in Deutschland tritt in Bayern auf. Eine Woche später werden auch in Bielefeld die ersten Corona-Fälle bekannt. Das Virus breitet sich nun rasant aus.

7. März 2020

Der Bielefelder Krisenstab nimmt seine Arbeit auf. Leiter wird Sozialdezernent Ingo Nürnberger (SPD).

11. März 2020

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ruft eine Pandemie aus.

25. März 2020

Der Bundestag beschließt das Erste Bevölkerungsschutzgesetz, nachdem zuvor eine epidemische Lage von nationaler Tragweite festgestellt wurde. Um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, zum Schutz der Bevölkerung und deren Gesundheit werden einige Grundrechte auf Zeit eingeschränkt.



02. April 2020

Ein 71-jähriger stirbt im Krankenhaus an den Folgen einer Covid-19-Infektion. Es ist der erste Todesfall in Bielefeld.

20. April 2020

Erste Lockerungen treten in NRW in Kraft, z.B. dürfen bis 800 Quadratmeter große Geschäfte wieder öffnen.



4. Mai 2020

Friseursalons dürfen wieder öffnen und auch die Schulen nehmen stufenweise wieder den eingeschränkten Präsenzunterricht auf.

11. Mai 2020

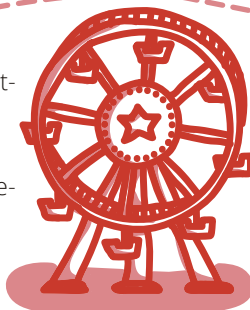
Die Gastronomie darf mit strengen Hygienekonzepten wieder öffnen. Für Kultureinrichtungen wie Clubs bleibt die Lage nach wie vor schwierig. Viele rüsten um, bieten z.B. einen "Cocktail-Lieferservice" an oder öffnen als Bar.

15. Mai 2020

Die Stiftung Solidarität ruft zur Woche der Solidarität auf und ganz viele machen mit: Sie spenden jeweils 20 Euro für Solidarpakete für Bedürftige in Bielefeld.

23. Juli 2020

Der corona-konforme Kirmes-Freizeitpark auf der Radrennbahn geht an den Spaß und bringt eine nette Abwechslung in den Alltag der Bielefelderinnen und Bielefelder.



12. August 2020

Unter strengen Hygienemaßnahmen startet der Präsenzunterricht an Schulen (wieder). Auch der Regelbetrieb in den Kitas geht zwei Wochen später wieder los.

2. November 2020

Start des „Lockdown Light“ mit erneuten Einschränkungen bei Kontakten und Freizeitaktivitäten. Cafés und Restaurants müssen wieder schließen und dürfen lediglich „To Go“ anbieten.

12. November 2020

Die „Novemberhilfen“ als zentrale Unterstützung für Unternehmen, Betriebe, Selbständige oder Vereine können beantragt werden.

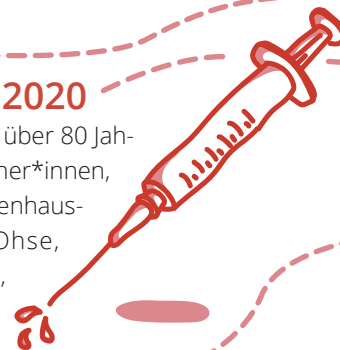
21. Dezember 2020

Kurz vor Weihnachten eine gute Nachricht: Die Pharmaunternehmen Biontech und Pfizer erhalten die Zulassung für ihre Corona-Impfstoffe in der EU. Es folgen Zulassungen für die Impfstoffe der Unternehmen Moderna und AstraZeneca.



27. Dezember 2020

Impfstart für Menschen über 80 Jahren, Pflegeheimbewohner*innen, Pflegekräfte und Krankenhauspersonal. Lieselotte Ohse, eine 85-jährige Seniorin, wurde als erste Bielefelderin geimpft.



12. Januar 2021

Die Bundesregierung beschließt, dass das Kinderkrankengeld auch für das Jahr 2021 verdoppelt wird. Pro Elternteil gibt es nun 20, für Alleinerziehende 40 Kinderkrankentage.

22. Februar 2021

Schulen starten mit dem Wechselmodell – Kinder und Jugendliche kommen in kleinen Gruppen abwechselnd in den Präsenzunterricht zurück. Kitas öffnen ebenfalls wieder.



1. März 2021

Friseure dürfen wieder öffnen



18. März 2020

Das erste Mal müssen in Bielefeld alle Geschäfte schließen, die nicht für den täglichen Bedarf verkaufen. Schulen werden bis auf eine Notbetreuung geschlossen und Spielplätze gesperrt. Viele Menschen arbeiten jetzt im Homeoffice.

19. März 2020

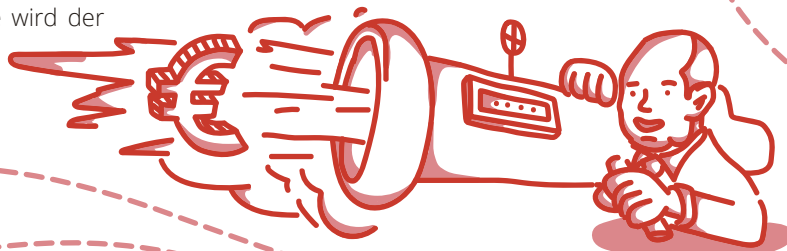
SPD-Oberbürgermeister Pit Clausen kündigt an, dass die KiTa-Beiträge für die Zeit der geschlossenen Einrichtungen erstattet werden.

22. März 2020

Deutschlandweit wird das erste Mal ein Kontaktverbot eingeführt. Neben Verwandten und Mitgliedern des eigenen Haushalts darf sich nur noch mit einer weiteren Person getroffen werden. Restaurants, Fitnessstudios, Einkaufszentren, Theater und weitere Freizeiteinrichtungen müssen schließen.

22. April 2020

Olaf Scholz spricht von der "Bazooka" - Milliarden schwere Wirtschaftshilfen werden beschlossen. Kurzarbeitergeld zu bekommen, wird einfacher. So werden Arbeitsplätze gesichert. Für Solo-Selbstständige, Kultur- und Medienschaffende wird der Zugang zur Grundsicherung vereinfacht.



29. April 2020

Ab jetzt gilt eine Maskenpflicht in allen Geschäften, Bussen und Bahnen.



19. Mai 2020

Der Bundestag beschließt das Zweite Bevölkerungsschutzgesetz. In Pflegeheimen wird verstärkt getestet. Beschäftigte in der Altenpflege können eine Corona-Prämie als Einmalzahlung bis zu 1.500 Euro erhalten.

16. Juni 2020

Die Corona-Warn-App geht an den Start. Sie erleichtert die Zurückverfolgung der Infektionen. Mehr als 1,5 Millionen Menschen sind bisher über die App gewarnt worden.

19. Juni 2020

Mit dem Corona-Ausbruch beim Fleischproduzenten Tönnies im benachbarten Gütersloh geraten die dortigen Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Fokus. Arbeitsminister Hubertus Heil bringt das Arbeitsschutzkontrollgesetz auf den Weg. Werkverträge und Leiharbeit werden damit in der Fleischindustrie verboten.

29. August 2020

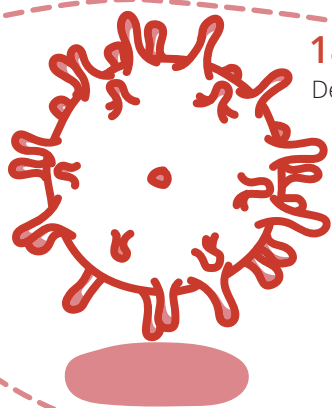
Bei einer Berliner Demonstration von Corona-Leugnern gegen die Schutzmaßnahmen durchbrechen einige Demonstrierende die Absperrung vor dem Reichstag und gelangen auf die Treppe. Unter den Demonstrierenden befinden sich laut Polizeiauskunft auch viele Rechtsextreme, Reichsbürger*innen und Verschwörung Anhänger*innen.

5. September 2020

Der Bielefelder Rat entscheidet: Clubbetreiber*innen sollen entlastet werden, sie müssen keine Vergünstigungssteuer für 2020 zahlen.

16. Oktober 2020

Die Fallzahlen steigen wieder. In NRW gilt eine neue Verordnung ab Inzidenzwert 50: Eine Sperrstunde wird beschlossen, Kneipen und Restaurants müssen ab 23 Uhr schließen und Tankstellen o.Ä. dürfen keinen Alkohol mehr verkaufen. Die Maskenpflicht in Bielefeld wird erweitert und gilt jetzt auch an einigen öffentlichen Orten.



18. November 2020

Der Bundestag beschließt das Dritte Bevölkerungsschutzgesetz. Anpassungen im Infektionsschutzgesetz werden vorgenommen, um die Länder und den Gesundheitssektor bei der Bekämpfung der Pandemie weiter zu unterstützen. Krankenhäuser erhalten weitere finanzielle Hilfen.

27. November 2020

Beim Black Friday Shopping in der Bielefelder Innenstadt wird es so voll, dass Mitarbeitende des Ordnungsamts mit Lautsprecherdurchsagen die Menschen auffordern müssen die Bahnhofstraße zu verlassen.

25. Januar 2021

Ab heute strengere Maskenpflicht: medizinische Masken in Supermärkten, Arztpraxen und ÖPNV sind nun Pflicht. Ebenfalls Start der Terminvergabe für die Corona-Impfung in NRW mit einigen Startschwierigkeiten. Die Server halten der großen Nachfrage nicht stand.

8. Februar 2021

Impfstart im Bielefelder Impfzentrum trotz plötzlichem Wintereinbruch.



4. März 2021

Der Deutsche Bundestag beschließt, dass die Pandemische Lage (mindestens) weitere drei Monate anhält.

Doppelinterview zur Begleiteten Elternschaft - mit Petra Thöne

Die Begleitete Elternschaft ist ein Angebot von Bethel.regional und richtet sich an Eltern mit einer Lern- oder geistigen Behinderung. Bundesweit bekannt wurden das Projekt und die Geschichte des Bielefelders Lukas Pordzik im letzten Jahr durch einen Bericht im Rahmen der ZDF-Sendung „Volle Kanne“.



Petra Thöne, Teamleiterin Begleitete Elternschaft

Wiebke Esdar: **Können Sie uns das Projekt Begleitete Elternschaft sowie die Umsetzung in Bielefeld vorstellen?**

Petra Thöne: Die Begleitete Elternschaft ist ein Angebot des Stiftungsbereichs Bethel.regional, der zu den von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel gehört und setzt sich aus einem Clearingangebot, der Eltern-Kind-Einrichtung sowie dem Wohnen in angemieteten Wohnungen in Sieker und Ummeln zusammen. Der Begriff „Clearing“ steht für „klären“ der weiteren Lebensperspektive der Familien.

Das Angebot der Begleiteten Elternschaft richtet sich an erwachsene Eltern oder Elternteile mit geistiger Behinderung, psychischer Erkrankung, weiteren Beeinträchtigungen oder komplexen Mehrfachbehinderungen und ihre Kinder. Die Familienkonstellationen können vollkommen unterschiedlich sein. Eine schwangere Frau und gegebenenfalls ihr Partner können bereits vor der Geburt ihres Kindes betreut werden.

Die Aufnahme erfolgt zunächst im inklusiven, rollstuhlgerechten Wohnprojekt der Clearing-einrichtung in Bielefeld Ummeln.

Das Clearing ist zeitlich auf 6 bis 9 Monate befristet. Es beinhaltet eine umfangreiche Anamnese und Diagnostik. Bei Bedarf besteht die Möglichkeit einmal wöchentlich psychologische Beratungsgespräche wahrzunehmen. Es findet eine gezielte Beobachtung der kindlichen Entwicklung, der Eltern (Fähigkeiten, Hilfebedarfe) und der Eltern-Kind-Bindung durch die Mitarbeitenden der Einrichtung statt. Situationsanalysen und Erziehungsberatung werden mit den Eltern mittels Videotraining gemacht.

Nach dem Aufenthalt im Clearing gibt es unterschiedliche Perspektivmöglichkeiten in unserem Angebotsspektrum: Ein Umzug in das längerfristige Wohnen in der Einrichtung der Begleiteten Elternschaft in Bielefeld Sieker. Oder ein Umzug in das „Trainingswohnen“ der Begleiteten Elternschaft in Sieker und Ummeln.

In allen Angeboten der Begleiteten Elternschaft werden die Familien 24 Stunden, je nach Bedarf bei der Versorgung, Erziehung und in allen lebenspraktischen Bereichen individuell unterstützt und begleitet. Ziel ist es, die Eltern bei einem gelingenden Familiensystem zu unterstützen, wobei das Kindeswohl oberste Priorität hat. Eltern und Kinder können solange in der Begleiteten Elternschaft unterstützt werden, wie die Notwendigkeit einer Betreuung als Familie besteht, längstens bis ihr Kind volljährig ist.

Wie viele Familien werden in Bielefeld durch das Projekt unterstützt und gibt es in Deutschland weitere vergleichbare Angebote?

Im Moment betreuen wir im gesamten Angebot 27 Familien unterschiedlicher Konstellation, davon sieben Familien im Clearingangebot. Das Clearingangebot ist im Moment noch einzigartig in ganz Deutschland. Die Begleitete

Elternschaft nach dem Clearing gibt es an einigen, wenigen Stellen in NRW, nur vereinzelt in Deutschland, fast gar nicht in Süddeutschland.

Welche Vorbehalte begegnen Ihnen gegenüber dem Projekt der Begleiteten Elternschaft?

Es gibt viele Vorurteile. Teilweise wird uns gesagt, dass wir ein solches Angebot nicht vorhalten sollten, da es sich um eine Gefährdung des Kindeswohls handeln würde. Eltern mit geistiger Behinderung könnten kein Kind versorgen und erziehen. Oft wird gesagt, dass Kinder von geistig behinderten Eltern ebenfalls behindert seien und auch so schon auf die Welt kommen, was wissenschaftlich nachweisbar nicht stimmt.

Was muss sich Ihrer Meinung nach ändern, um die Situation von Familien im Projekt zu verbessern und welcher politischen Initiativen bedarf es, um mehr Familien eine Begleitete Elternschaft zu ermöglichen?

Es ist gesetzlich verankert, dass wir Eltern eine Möglichkeit und dementsprechende Unterstützung anbieten müssen, dass sie mit ihren Kindern zusammenleben können. Erst wenn sich herausstellt, dass ein Zusammenleben nicht zum Wohl des Kindes ist, kann der Staat handeln und das Kind entziehen. Es gibt viel zu wenige Platzangebote, auch wenn der Bedarf da ist. Teilweise verweigern die örtlichen Jugendämter und Landesjugendämter, die für die Betriebserlaubnis zuständig sind, einen Platzaufbau. Meist sind es finanzielle Gründe. Da das Platzangebot gering ist, werden immer wieder Eltern von ihren Kindern getrennt, die mit Unterstützung mit ihren Kindern leben könnten. Das Thema ist in der Politik noch nicht ausreichend angekommen und angenommen.

und Lukas Pordzik

Wiebke hat vor einigen Jahren bereits die neuen Wohnungen in Ummeln besichtigt. Sie findet, „das ist ein tolles Vorzeigeprojekt aus Bielefeld, diese Idee nehme ich mit nach Berlin!“



Lukas Pordzik und seine Kinder bei der Auszeichnung „Held 2020“ in der Sendung Volle Kanne (ZDF)

Wiebke Esdar: **Herr Pordzik, Sie wurden vom ZDF-Magazin Volle Kanne als „Held 2020“ ausgezeichnet, herzlichen Glückwunsch! Sie haben mutig und voller Engagement um Ihre Kinder und Ihr Recht auf ein gemeinsames Familienleben gekämpft: Sind Sie selbst stolz darauf, dass Sie das geschafft haben?**

Lukas Pordzik: Ja, ich bin sehr stolz darauf. Ich liebe meine Kinder sehr und möchte unbedingt mit ihnen zusammenleben. Ich habe viel mit meinen Kindern geschafft und viel gelernt und es geht weiter. In diesem Jahr kommen meine Kinder in die Schule.

Sie kommen doch eigentlich vom Niederrhein. Warum wohnen Sie jetzt in Bielefeld?

Eine Begleitete Elternschaft für Väter gab es am Niederrhein nicht. Das Jugendamt hat gesucht und hier war ein Platz zu bekommen. Ich hätte sonst meine Kinder nicht bekommen und hätte mich nicht beweisen können.

Wie sieht Ihr Alltag mit Ihren Kindern im Projekt der Begleiteten Elternschaft aus?

Eigentlich wie wahrscheinlich bei jeder anderen Familie auch, nur dass ich Unterstützung bekomme. Ich stehe morgens auf, versorge die Zwillinge, frühstücke mit ihnen und mache sie für die KiTa fertig. Danach mache ich meinen Haushalt und bereite das Essen zu. Nachmittags ist Freizeit mit den Kiddies angesagt, teilweise mit meiner Partnerin und deren Tochter. Manchmal essen wir alle gemeinsam zu Abend. Danach spiele ich noch mit den Kindern und bringe sie zu Bett. In der Zwischenzeit wird auch viel gekuschelt.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft und was ist Ihr nächstes Ziel?

Wenn die Kinder eingeschult sind, möchte ich gerne wieder arbeiten gehen, hier irgendwo in der Nähe, damit ich bei Bedarf für meine Kinder sofort da sein kann. Auf lange Sicht wünsche ich mir natürlich ohne Unterstützung der Begleiteten Elternschaft mit meinen Kindern zusammenleben zu können. Aber das ist noch ein weiter Weg mit vielen Herausforderungen.



16.12. Digitale Ehrenamtskonferenz

Mitmenschen, beispielsweise im Seniorenheim, bei der freiwilligen Feuerwehr oder auf dem Sportplatz. Dieses Engagement braucht allerdings größere Anerkennung und Unterstützung – davon bin ich überzeugt. Um zu hören, wo der Schuh drückt, lade ich einmal im Jahr alle Vereine und Initiativen im Wahlkreis zu einer Ehrenamtskonferenz ein. Im letzten Jahr musste dieser Austausch aufgrund von Corona erstmals digital stattfinden. Daher freut mich umso mehr, dass wir zum Jahresende so zahlreich zusammen gekommen sind. Auf der digitalen Ehrenamtskonferenz konnten wir uns thematisch über die steuerlichen Verbesserungen für das Ehrenamt austauschen. Als zuständige Berichterstatterin in der SPD-Bundestagsfraktion ist mir wichtig, darüber zu informieren, dass der sogenannte Übungsleiterfreibetrag von bisher 2.400 Euro auf 3.000 Euro im Jahr erhöht wurde. Zudem steigt die Ehrenamtspauschale von 720 Euro auf 840 Euro. Dies sind natür-



lich nur erste Schritte, um das Ehrenamt zu stärken und weiter zu fördern. Ich freue mich sehr darauf, Euch bald wieder in großer Runde zu treffen!

12.01. Besuch im Bielefelder Impfzentrum

Zusammen mit Riza Öztürk, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bielefelder Stadtrat, konnte ich am 12. Januar das Impfzentrum der Stadt Bielefeld in der Stadthalle am Willy-Brandt-Platz besuchen. Der organisatorische Leiter Ingo Schlotterbeck führte uns herum und zeigte uns die aufgebaute Anlage. Sobald genügend Impfstoff da ist, können auf zehn Impfstraßen 1.000 Bielefelder*innen täglich die Corona-Impfung bekommen. Organisiert wird das Impfzentrum federführend vom Arbeiter-Samariter-Bund. Da ich meine Oma inzwischen auch zu beiden Impfterminen begleitet habe, kann ich zudem als Enkelin sagen: Der Ablauf ist hervorragend organisiert, Bielefeld ist bestens aufgestellt.



23.01. Kindersprechstunde

Ganz besonders für viele Kinder und Jugendliche ist der aktuelle Lockdown eine große Belastung. Daher ist es mir besonders wichtig, die Anliegen und Wünsche von Kindern und Jugendlichen für meine Arbeit als Abgeordnete mit in den Bundestag zu nehmen. Darum habe ich Ende Januar eine Telefonsprechstunde für alle Kinder und Jugendlichen aus Werther und Bielefeld angeboten. Ich habe mich sehr über jeden einzelnen Anruf gefreut und lade alle Kinder und Jugendliche herzlich ein zu meiner nächsten Telefon-Sprechstunde am **31. März 2021 von 15-17 Uhr** unter der Telefonnummer **0521-3294370**. Ich freue mich auf Euren Anruf!



29.01. Digitale Betriebsrätekonferenz mit Hubertus Heil



Nicht erst seit Corona stehen wir in der Arbeits- und Sozialpolitik vor großen Herausforderungen. Unter dem Motto „Gestärkt aus der Pandemie“ haben meine Kolleg*innen Elvan Korkmaz-Emre, Achim Post, Stefan Schwartz und ich alle Gewerkschafter*innen und Betriebsrät*innen aus Ostwestfalen-Lippe zu einer digitalen Betriebsrätekonferenz am 29. Januar eingeladen. Als prominenten Gast konnten wir unseren Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hierfür gewinnen. Zusammen mit rund 130 Betriebsrät*innen und Gewerkschafter*innen, die unserer Einladung folgten, konnten viele Fragen zur Arbeits- und Sozialpolitik diskutiert werden. Dabei ging es von Mitbestimmungsrechten im Homeoffice bis zur Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Auch im Nachgang haben wir dazu noch eine Menge Fragen beantwortet. Klar ist: Auch wenn wir schon einiges erreicht haben, es bleibt viel zu tun.

17.02. Digitale Sprechstunde zum Homeoffice

Um die Nutzung eines Homeoffice-Arbeitsplatzes weiter zu fördern und den erhöhten Kosten Rechnung zu tragen, wurden kürzlich neue Steuererleichterungen durch die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag beschlossen, die für die aktuellen Steuererklärungen relevant sind. So gibt es nun eine Tagespauschale von fünf Euro, die für die Jahre 2020 und 2021 gelten soll. Maximal können so 600 Euro pro Jahr abgezogen werden für Tage, an denen im Homeoffice gearbeitet und die Entfernungspauschale nicht in Anspruch genommen wird. Zudem ist die Anschaffung digitaler Technik für die Arbeit wie Laptops und Software zukünftig bereits im Jahr der Anschaffung vollständig von der Steuer absetzbar. Als zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion bin ich nicht nur in Berlin intensiv mit dem Thema befasst, sondern habe auch dazu eine eigene digitale Bürgersprechstunde angeboten – die erfreulich gut besucht war. Allen weiteren Interessierten stellen wir die Präsentation der Inhalte bei Nachfrage gerne zur Verfügung.



05.03. Digitaler Empfang zum Weltfrauentag

Auch 2021 konnten wir anlässlich des Internationalen Frauentags am 08. März nicht gemeinsam zu einer großen Veranstaltung zusammenkommen. Aber davon lassen wir uns nicht aufhalten! Zur Stärkung des gegenseitigen Dialogs zwischen lokalen Frauenverbänden, zentralen Gleichstellungseinrichtungen unserer Stadt sowie allen interessierten Frauen haben die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) und die SPD Bielefeld zum Digitalen Frauenempfang eingeladen. In lebhafter Runde haben Sally Lisa Starken und ich uns mit Agnieszka Salek, Leiterin der Gleichstellungsstelle der Stadt Bielefeld und vielen weiteren Frauen ausgetauscht über die aktuellen Herausforderungen für Frauen durch die Corona-Pandemie. Unser Fazit: Es bleibt weiterhin viel zu tun und wir werden nicht locker lassen auf dem Weg zu echter Gleichstellung. Gut, dass wir so viele tolle engagierte Frauen in unserer Stadt haben, die sich hierfür in zahlreichen Initiativen und Vereinen stark machen!



Drei Millionen für das neue Schwimmbad in Jöllenbeck

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat beschlossen, den Neubau des Kombibads in Jöllenbeck mit drei Millionen Euro zu fördern. Unsere Stadt erhält damit die Förderhöchstsumme aus dem Bundesprogramm zur Sanierung kommunaler Einrichtungen.

Ich bin sehr glücklich, als Abgeordnete dazu beigetragen zu haben, den Haushaltsausschuss von der Förderung zu überzeugen. Schwimmen zu lernen ist so wichtig und dazu gehört auch regelmäßig trainieren zu können. Als leidenschaftliche Schwimmerin und Mitglied des 1. Bielefelder Schwimmvereins weiß ich, das ist nur möglich, wenn ausreichend Schwimmflächen wohnortnah zur Verfügung stehen.



Der Bahnhof Brake wird barrierefrei

Im Rahmen der Investitionsoffensive für attraktivere Bahnhöfe des Bundesverkehrsministeriums wurde beschlossen, den barrierefreien Umbau des Bahnhofs Brake mit Bundesmitteln zu fördern und bis zum Jahr 2026 umzusetzen. Das ist eine sehr gute Entscheidung, weil dann endlich der Zugang für viele Menschen erleichtert wird, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind oder mit dem Kinderwagen oder Fahrrad unterwegs sind. Auf das Thema war ich bei meiner Bürgersprechstunde in Brake angesprochen worden, darum hatte ich es mit Nachdruck in Berlin beim Ministerium hinterlegt.

Nominierung als Bundestagskandidatin 2021

Die SPD-Bielefeld schickt mich erneut ins Rennen für die **Bundestagswahl am 26. September!** Für bessere Bildungschancen, eine gerechtere Steuerpolitik, Klimaschutz, der mit Sozialpolitik zusammen gebracht wird und gegen Rechtsextremismus will ich mich stark machen. Ich bin sehr dankbar für diese erneute Chance und habe jetzt schon große Lust auf den Wahlkampf und Austausch mit Euch!



„Wo eine Tür zugeht, geht eine andere auf.“

Anna-Karina Pajaziti

Nachdem Ihr in den letzten Ausgaben meine großartigen Kolleginnen und Kollegen kennengelernt habt, bin nun ich an der Reihe. Ich bin die „waschechte“ Berlinerin im Team und hätte nicht gedacht, dass das in Berlin und an meinem Arbeitsplatz – dem Deutschen Bundestag – mal eher die Ausnahme sein wird. Ich bin in Berlin geboren und aufgewachsen: hier durchlief ich den Kindergarten, die Grundschule, die Oberschule sowie meine Ausbildung. Eigentlich dachten meine Eltern, dass ich die Erste in der Familie

werde, die das Abitur macht und im Anschluss studieren wird. Dieser Zukunftsplan ging nicht ganz auf: die Pubertät und das Teenagerleben kamen dazwischen. Mein Motto ab der 11. Klasse war „Klausuren kann man wiederholen, Partys nicht!“ So kam es, dass ich nach einer Ehrenrunde in der 11. Klasse keine Lust mehr auf das Abitur hatte und die Schule mit einem Realschulabschluss verließ, wie es weitergeht wusste ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Erstmal jobbte ich in einem Modeladen und probierte einiges aus, bis ich ein Jahr nach der Schule eine Ausbildung zur Bürokauffrau anfang.

Die ersten zwei Jahre meiner Ausbildung absolvierte ich in einer Finanzbuchhaltung. Sehr politisch war ich bis dahin nicht unterwegs: zwar immer interessiert, aber nicht aktiv. Als mein Ausbildungsbetrieb dann ankündigte zu schließen, war ich ziemlich geschockt. Aber getreu dem Motto, „wo eine Tür zugeht, geht eine andere auf“ kam es dazu, dass ich meinen Ausbildungsbetrieb wechselte und beim SPD-Parteivorstand mein letztes Ausbildungsjahr abschloss. Nach erfolgreich bestandener Prüfung folgte ein kurzer beruflicher Abschnitt in der Pressestelle der Bundes-SPD, bevor ich kurz darauf das „Angebot meines Lebens“ bekam: Als junge Anfängerin bekam ich die Möglichkeit für den Wahlkampf 2013 und die anschließenden Koalitionsverhandlungen ins Büro der stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden Klaus Wowereit, Olaf Scholz und Aydan Özoğuz zu wechseln. Ich organisierte die Sommerwahlkampftouren und jede Menge anderer administrativer und organisatorischer Aufgaben. Es war ein spannendes und sehr prä-



Anna-Karina Pajaziti ist das Organisationstalent in meinem Berliner Büro.

gendes Jahr. Auch wenn das Wahlergebnis nicht wie erhofft ausfiel, war ich inzwischen Feuer und Flamme für den spannenden Politikalltag. Vor allem war ich immer interessierter an den Inhalten. Nach dem Bundestagswahlkampf 2013 folgte beruflich für mich gleich im Anschluss noch der Europawahlkampf von Martin Schulz. Im Anschluss daran wollte ich auch gern den großen Schritt wagen und in den Deutschen Bundestag wechseln, um noch mehr Einblick in die Politik und die dortigen Ab-

läufe zu bekommen. Ich bekam einen Job bei einer SPD-Gesundheitspolitikerin und arbeitete dort bis ich 2016 in den Mutterschutz ging. Noch in meiner Elternzeit entschied ich mich erneut für eine Veränderung und neue Herausforderung und bewarb mich sehr gezielt bei einer „neuen“, jungen, ambitionierten und sehr sympathischen Bundestagskandidatin. Ihr werdet es ahnen: bei Wiebke. Ich hoffte auf eine Politikerin und auf eine Chefin, die selbst das umsetzt, was sie von anderen Arbeitgeber*innen fordert: die Chance, Familie und Beruf bestmöglich zu vereinbaren. Das hatte mir Wiebke beim Bewerbungsgespräch versprochen und ich bin sehr froh darüber, dass sie absolut Wort gehalten hat!

Gerne würde ich nun noch einmal auf meinen Bildungsweg zurückkommen und somit auch auf Wiebke als Bildungspolitikerin: mein Bildungsweg war nicht nur geradeaus, sondern mit Abzweigungen und das ist für mich auch dichter an der Lebensrealität vieler junger Menschen. Nun bin ich 32 Jahre alt und Mama einer 4-jährigen Tochter UND ab dem Wintersemester 21/22 auch berufsbegleitend Studentin ohne Abitur an einer staatlichen Hochschule. Ich wünsche mir, dass das auch für viele andere Menschen möglich wird und das wird es, wenn Menschen wie Wiebke in der Politik dafür sorgen.



Bericht aus Berlin

Grundgesetzänderung: Kinderrechte achten, schützen und fördern

Seit mehr als 30 Jahren gilt die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in Deutschland - und seitdem wird darüber diskutiert, Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz zu verankern. Ein großer Schritt dorthin ist nun auf Drängen der SPD zu Beginn des neuen Jahres gelungen: Das Bundeskabinett verabschiedete am 20. Januar einen Referentenentwurf, der vorsieht, Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes durch die folgenden Sätze zu ergänzen:

„Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen. Das Wohl des Kindes ist angemessen zu berücksichtigen. Der verfassungsrechtliche Anspruch von Kindern auf rechtliches Gehör ist zu wahren. Die Erstverantwortung der Eltern bleibt unberührt.“

Mit diesem Formulierungsvorschlag befassen sich nun Bundesrat und Bundestag. In beiden Verfassungsorganen ist für die Grundgesetzänderung eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich.

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder – Regierung beschließt härtere Strafen für Missbrauchstäter *innen

Das Bundeskabinett hat im letzten Herbst einen Gesetzentwurf von SPD-Bundesjustizministerin Christine Lambrecht gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder beschlossen. Der Entwurf sieht härtere Strafen, eine effektivere Strafverfolgung und eine Verbesserung der Prävention vor. Demnach werden die Verbreitung, der Besitz und die Besitzverschaffung von Kinderpornografie künftig als Verbrechen - nicht wie bisher als Vergehen - eingestuft und mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr belegt. Auch sexualisierte Gewalt gegen Kinder soll künftig als Verbrechen behandelt werden mit einem Strafrahmen von bis zu 15 Jahren Freiheitsstrafe statt wie bisher zehn Jahren. Eine Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit oder gegen Auflagen wäre ausgeschlossen. Der Bundestag muss dem Gesetz noch zustimmen.

Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder

Der Bundestag hat beschlossen, dass auch Grundschul Kinder künftig einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben. Dafür hat er das Ganztagsfinanzierungsgesetz beschlossen. Mit ihm können Grundschul Kinder ab dem Jahr 2025 auch verlässlich am Nachmittag betreut werden, wenn ihre Eltern das möchten. Um Bildungs- und Betreuungsangebote auszubauen, stellt der Bund insgesamt 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Das erhöht die Bildungschancen aller Kinder und schafft mehr Chancengleichheit. Denn Ganztags Schulen gleichen aus, dass nicht alle Eltern ihren Kindern beim Lernen helfen können.

Neuaufgabe des Kinderbonus beschlossen

Auch 2021 sollen mehr als zehn Millionen Familien in Deutschland einen Kinderbonus erhalten. Durch den zusätzlichen finanziellen Handlungsspielraum wird gezielt und kurzfristig ein zusätzlicher gesamtwirtschaftlicher Nachfrageimpuls insbesondere durch Familien mit geringem bis mittlerem Einkommen und mehreren Kindern zur Stärkung der Konjunktur geschaffen. Der Kinderbonus in Höhe von 150 Euro wird für alle Kinder gezahlt, für die für mindestens einen Kalendermonat im Jahr 2021 ein Anspruch auf Kindergeld besteht. Wie bereits im vergangenen Jahr gelten bei der Auszahlung die Vorschriften des Kindergeldes. Der Kinderbonus wird von den Familienkassen automatisch als zusätzliches Kindergeld im Mai 2021 ausgezahlt, ohne dass ein Antrag gestellt werden muss.





Finanzielle Verbesserungen für Familien

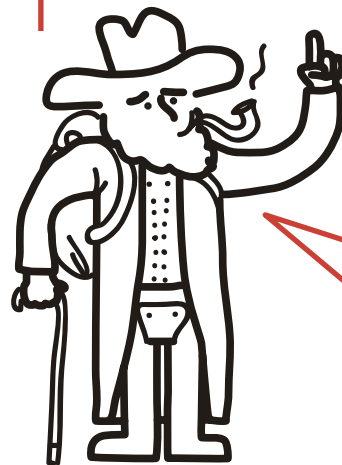
Auch wegen der besonderen Härten während der Corona-Krise ist es wichtig, dass die wirtschaftliche Stabilität von Familien und Alleinerziehenden mit Kindern gesichert wird. Dafür gelten seit diesem Jahr wichtige Verbesserungen. Zum 1. Januar 2021 ist das Kindergeld um 15 Euro pro Kind und Monat gestiegen auf nunmehr 219 Euro für das erste und zweite Kind. Der steuerliche Kinderfreibetrag wurde auf 8.388 Euro angehoben. Auch der Kinderzuschlag, der besonders Familien mit niedrigem Einkommen zugutekommt, wurde erhöht. Der monatliche Höchstbetrag steigt auf 205 Euro. Zudem wurde der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende von 1.908 Euro auf 4.008 Euro mehr als verdoppelt.

Familie ist dort, wo Verantwortung füreinander übernommen wird.-Mit dem Entlastungsbetrag berücksichtigen wir die besondere finanzielle Situation von Alleinerziehenden. Dadurch wird beispielsweise eine alleinerziehende Arbeitnehmerin mit zwei Kindern und einem Bruttoverdienst von rund 40.000 Euro dauerhaft mehr als 600 Euro im Jahr zusätzlich zur Verfügung haben.



Behinderten- und Pflegepauschbeträge steigen kräftig

Bürger*innen mit Behinderungen sowie pflegende Angehörige werden seit Jahresbeginn bessergestellt. Die Behinderten-Pauschbeträge wurden verdoppelt. Zudem werden auch die vielfältigen Belastungen, die die häusliche Pflege mit sich bringt, steuerlich besser anerkannt. Der bisherige Pflege-Pauschbetrag wurde daher fast verdoppelt, von 924 Euro im Jahr auf 1.800 Euro. Zudem wird zukünftig bei einem Pflegegrad 2 ein Pflege-Pauschbetrag von 600 Euro und bei einem Pflegegrad 3 ein Pflege-Pauschbetrag von 1.100 Euro gewährt. Zusätzlich wird für behinderungsbedingte Fahrtkosten eine Pauschalierungsregelung eingeführt. Damit werden die Fahrtkosten in Zukunft ohne den bisher aufwändigen Einzelnachweis abgegolten.



Für diese drei Themen ist Wiebke übrigens in Berlin die ‚Berichterstatteerin‘. Was heißt das? Sie ist die verantwortliche Expertin der SPD-Bundestagsfraktion. Darum bespricht sie im Vorfeld mit den Beamt*innen des Bundesfinanzministeriums in sogenannten ‚Berichterstatte-Gesprächen‘ worauf bei den Gesetzesänderungen zu achten ist und verhandelt mit CDU/CSU wie hoch die Entlastungen ausfallen können.

Dauerhaft mehr Geld im Portemonnaie: Der Soli fällt für fast alle weg

Zum Jahreswechsel wurde der Solidaritätszuschlag für rund 90 Prozent der Lohn- und Einkommenszahler*innen komplett abgeschafft. Damit hält die Regierung ein zentrales Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein. Weitere 6,5 Prozent profitieren von der sogenannten Milderungszone, in welcher der Soli zukünftig nur zum Teil zu zahlen sein wird. Wir stärken damit die Friseurin genauso, wie den Dachdecker oder die Bäcker-Meisterin. Wir entlasten die Polizistin, den Busfahrer oder die Lehrerin. Gerade Familien und Menschen mit geringeren und mittleren Einkommen bleibt damit mehr auf dem Konto. Das war uns als SPD besonders wichtig, denn den reichsten 3,5 Prozent geht es auch nach Abzug aller Steuern und dem Solidaritätszuschlag gut. Um die Ungleichheit in unserem Land zu verringern, sollen diejenigen, die über sehr hohe Einkommen verfügen, auch ihren Beitrag leisten.

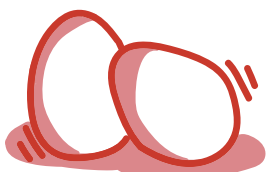
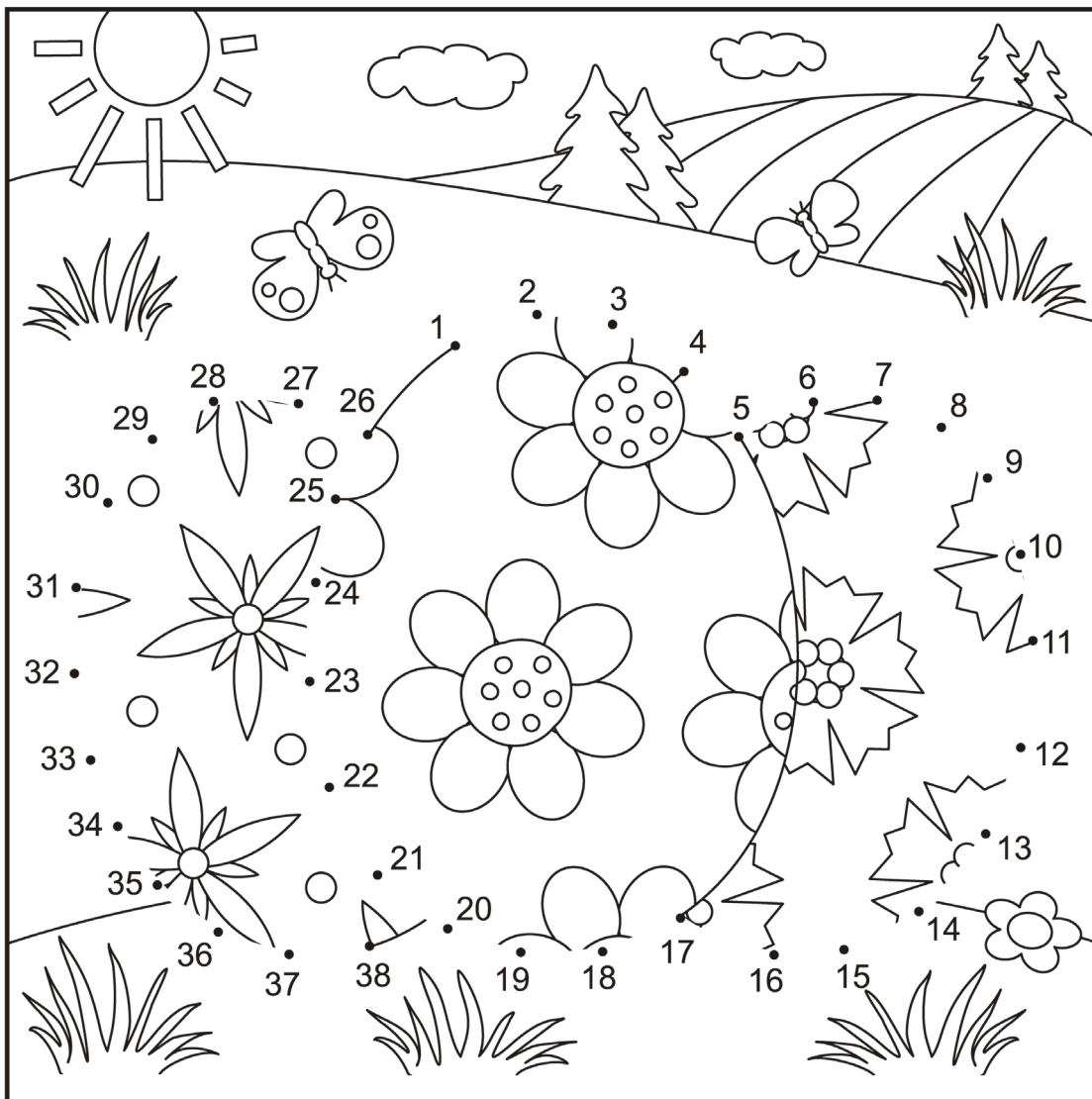
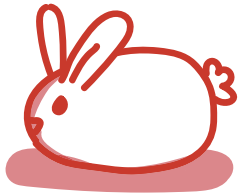
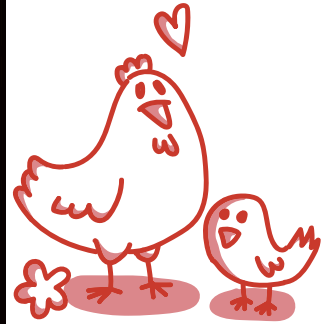
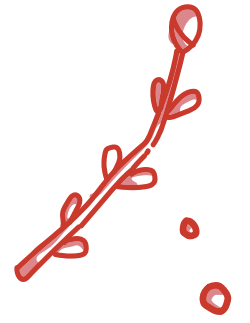
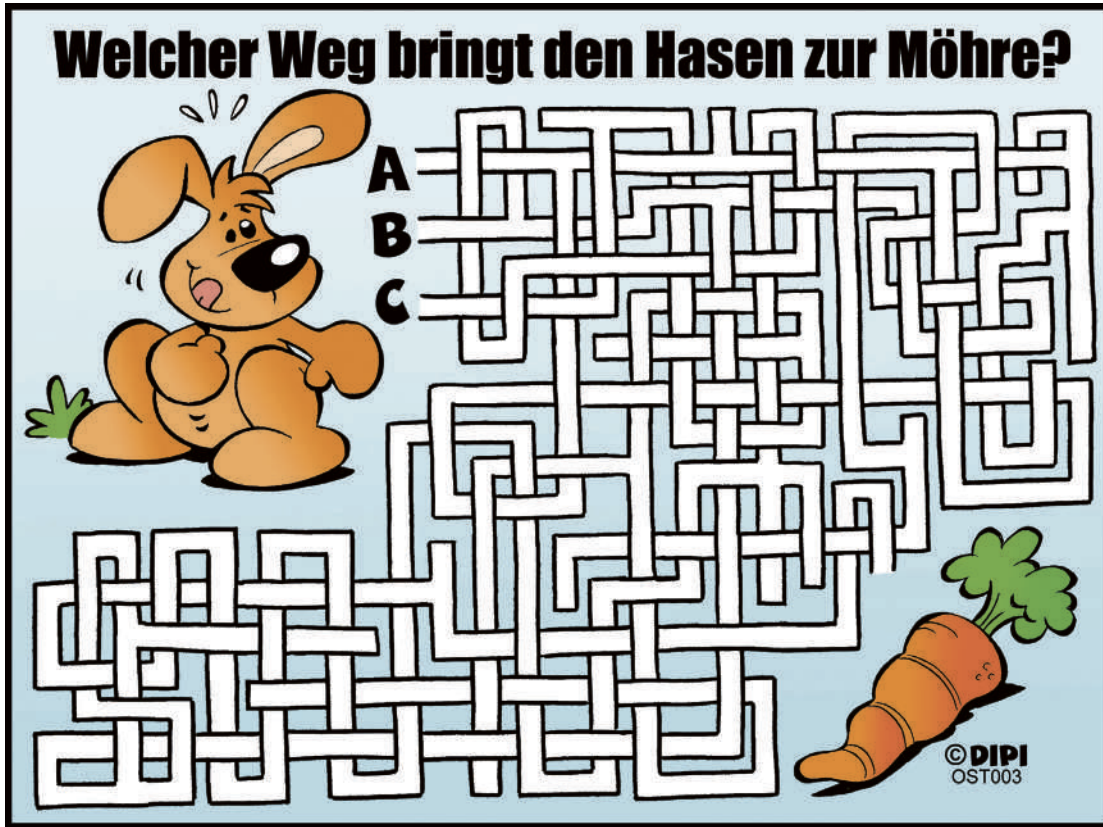


Bild: ksuklein/shutterstock.com

Meine nächste Sprechstunde

Ihr habt Anregungen, was ich für meine Arbeit nach Berlin mitnehmen soll? Ihr wollt mit mir über die Inhalte dieser Zeitung diskutieren oder mir Eure Meinung und Fragen zur aktuellen Politik im Bund stellen?

Ich lade Euch herzlich ein zu meiner nächsten Telefonsprechstunde am Mittwoch, den **31. März 2021** von **15-17 Uhr**. Ich freue mich auf Euren Anruf und interessante Gespräche! Ihr erreicht mich unter: **0521 3294370**.



Freiwilliges Soziales Jahr im Deutschen Bundestag – jetzt informieren!



Die Bielefelderin Madita Lachetta absolviert derzeit ihr FSJ-P in meinem Berliner Büro.

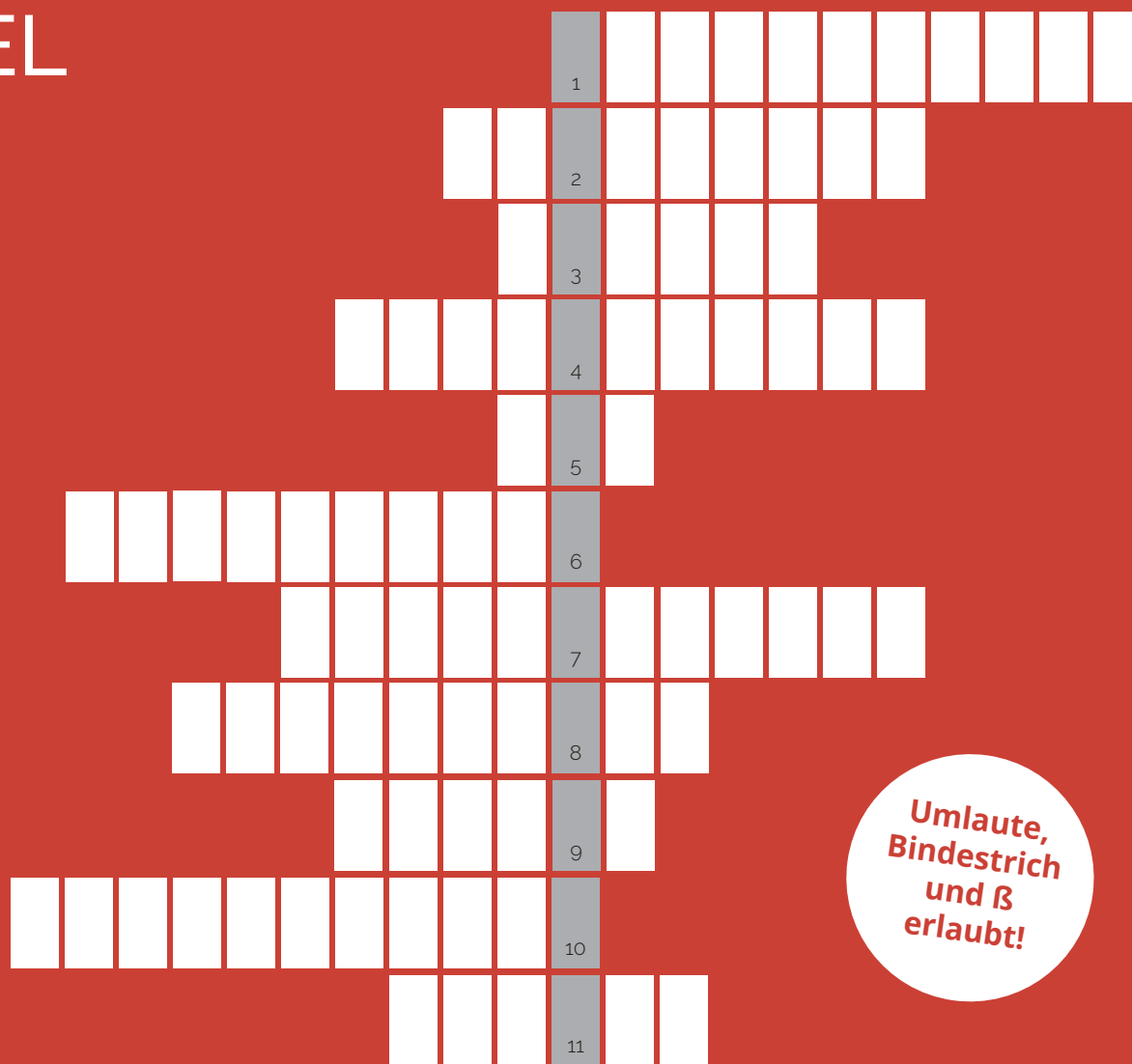
Für 2021/22 möchte ich, meine erfolgreiche Wiederwahl als Bundestagsabgeordnete vorausgesetzt, erneut ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Politik (FSJ-P) in meinem Abgeordnetenbüro im Deutschen Bundestag anbieten. Darum möchte ich allen Interessierten schon jetzt die Gelegenheit bieten, sich bei mir zu melden und ihr Interesse zu bekunden.

Als Freiwillige*r kannst du mich in meinem Berliner Büro als Teammitglied unterstützen. Du lernst politische Strukturen, Aufgaben und Arbeitsabläufe im Deutschen Bundestag kennen, bekommst einen Einblick in politische Institutionen und Prozesse und meinen Alltag als Politikerin. In deinem FSJ-P kannst Du mich zu Terminen begleiten, meine parlamentarische Arbeit mitgestalten und unsere Hauptstadt Berlin erkunden. Daneben kannst du dich bei mehrtägigen Seminaren mit anderen Freiwilligen austauschen und vernetzen.

Das FSJ-P wird, bedingt durch die anstehende Bundestagswahl, nicht zum üblichen Start am 1. September 2021 beginnen können, sondern erst nach der Konstituierung des neuen Deutschen Bundestags, voraussichtlich ab Oktober 2021. Die Zeit davor kann durch ein Praktikumsplatz überbrückt werden.

Wer die Schulausbildung zum voraussichtlichen Start des FSJ-P erfolgreich absolviert hat, zwischen 18 und 26 Jahre alt ist und politisches Interesse mitbringt, kann sich per E-Mail unter wiebke.esdar@bundestag.de oder telefonisch unter **030-22779476** gerne näher über das geplante FSJ-P in meinem Berliner Abgeordnetenbüro informieren.

RÄTSEL



**Umlaute,
Bindestrich
und ß
erlaubt!**

1. Von dort aus kann man über ganz Bielefeld schauen.
2. In welchem Monat wird die Bundestagswahl in diesem Jahr stattfinden?
3. Im Frühling und Herbst gehen viele Kinder gerne zur Radrennbahn. Wieso?
4. Wo lässt es sich in Bielefeld seit Juni 2013 am besten skaten?
5. Wie heißt das Bielefelder Fußballstadion?
6. Wo befindet sich das Impfzentrum?
7. Bei einer Familienfeier treffen sich mehrere...
8. Welchen Pfeife rauchenden Mann kennen alle in Bielefeld?
9. Welcher Bach fließt durch die Bielefelder Innenstadt, ist aber nicht sichtbar?
10. Zwei bekannte Wesen namens Jule und Max sind in Bielefeld sehr bekannt und bei Kindern sehr beliebt. Wo leben sie?
11. Für wen will die SPD Rechte ins Grundgesetz aufnehmen?

Der Einsendeschluss für das Lösungswort ist der 18.04.2021.

Wir bitten Euch, das Lösungswort mit dem Betreff „Lösung des Rätsels“ an

wiebke.esdar.wk@bundestag.de

zu senden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, auf die Gewinner*innen warten auch dieses Mal spannende Preise.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Dr. Wiebke Esdar, MdB
V.i.S.d.P.: Dr. Wiebke Esdar
Redaktionsschluss: 18.03.2021

Arndtstr. 6-8
33602 Bielefeld
Tel.: 0521 3294370
E-Mail: wiebke.esdar.wk@bundestag.de
Web: www.wiebke-esdar.de